

Die Mitglieder der Kommunistischen Plattform Chemnitz haben am 17. September über die gegenwärtige Flüchtlings-, Asyl- und Emigrantenproblematik ausführlich diskutiert und schließen sich einstimmig dem Standpunkt der IG Frieden-Gerechtigkeit-Solidarität beim Stadtvorstand DIE LINKE Chemnitz an. Insbesondere wurde die verfehlte Reaktion und Politik der EU, der Bundesregierung und etablierter Parteien mit dem C im Logo kritisiert.

Als unverantwortlich wird u.a. die Berichterstattung in der Mehrheit der Medien eingeschätzt. Es wurde darauf Bezug genommen, dass sich die Berichterstattung zu den Ursachen dieses Problems und den angekündigten Aktionen der Politik ausschließlich auf die gegenwärtigen aktuellen Vorgänge orientiert, aber in keinem Fall die wahren Ursachen des Flüchtlingseleuds zum Inhalt haben. Diese werden verschweigen, vertuscht oder negiert.

Als Ursache für das gegenwärtige Flüchtlings-, Asyl- und Emigrantenproblem wird von uns eindeutig die Militär- und Außenpolitik der NATO-Staaten, die Hegemoniebestrebungen der großbürgerlichen und konservativen Regierungen, die imperialistische Politik der Finanz- und Wirtschaftsoligarchie sowie die von einigen kapitalistischen Regierungen verhängte Embargopolitik gegenüber Staaten, die sich einer Einmischung in ihre innerstaatliche Politik entgegenstellen, gesehen. Die Beweise dafür liegen auf der Hand. Sie heißen: Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien u.a.m.

Dies wurde übereinstimmend in unserer Diskussion festgestellt und es werden folgende Forderungen erhoben und unterstützt:

- wir verlangen von der deutschen Bundesregierung die Einstellung und Beteiligung an militärischen Aktionen, die gegen die Souveränität anderer Völker und Staaten gerichtet sind;
- vom deutschen Parlament soll eine Politik durchgesetzt werden, die der Erhaltung und Sicherung des Weltfriedens dient;
- die etablierten demokratischen Parteien in der Bundesrepublik sowie Gewerkschaften sollen Aktivitäten für die Entwicklung notwendiger Maßnahmen zur Unterstützung einer humanitären Flüchtlings-, Asyl- und Emigrantenpolitik entwickeln.

Wir richten unseren Appell insbesondere an die gewählten Vertreter im Deutschen Bundestag und an die Vertreter demokratischer Parteien sowie Gewerkschaften sich entschieden dafür einzusetzen, das Krieg, sozialer Notstand und Elend, imperialistische Politik, Rassismus und Rechtsextremismus beendet werden.

Roland Fleischer

Sprecher der KPF